



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schilderstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 41.

Berlin, den 6. Januar 1918.

12. Jahrgang.

Die Losung des neuen Jahres: Frieden und Freiheit!

Berlin, den 1. Januar 1918.

Das Vermächtnis des Jahres 1917.

Man verlange von uns keine sentimental-hoffnungselige Neujahrsbetrachtung. Wer eine solche wünscht und gegen den rauhen Wirklichkeitsernst der Zeit blind sein will, der greife zum „Vorwärts“, der das neue Jahr voll Hoffnung und Optimismus begrüßt hat, wobei er sich ausgerechnet auf den großen Grübler und Skeptiker Dostojewski berief. Aber wie viele Menschen nicht ohne Lebensluge leben können, so muß der zahn- und trallertöse Regierungsozialismus sich und anderen eingebildete Erfolge vortäuschen und seine Lustschlösser mit immer neuen Missionshypotheken belasten. Wie sieht es in Wirklichkeit an der Jahreswende 1917/1918 aus? Die Aussicht auf einen allgemeinen, ganz zu schweigen von einem wirklich demokratischen Frieden ist höchst untrübe. Die Ende des Jahres 1917 an der West- und Südfront erfolgte Verstärkung der militärischen Kräfte auf der einen, die Hoffnung auf die amerikanische Hilfe auf der anderen Seite lassen verstehen, daß die Regierungen Lloyd Georges, Clemenceaus an der Jahreswende an ihrer alten Parole: „Erst Segen!“ festhalten, und daß andererseits der deutsche Kaiser seinen Neujahrsbefehl an Heer und Marine mit den Worten schloß: „Darum vorwärts mit Gott zu neuen Taten und zu neuen Siegen!“ Und Generalfeldmarschall von Hindenburg sagte in einem Neujahrstelegramm an den Chef des Admiralstabes: „So werden wir Hand in Hand mit Gottes Hilfe die herrliche Entscheidung erkämpfen.“ Das klingt alles nicht nach einem allgemeinen Frieden, wohl aber nach neuen, härteren Kämpfen. Der Friede aber, der im Osten sich vorbereitet, ist, wenn er wirklich zustande kommt, nur ein lahmer und einseitiger Friede. Er wird im besten Falle dem russischen Partner die Möglichkeit geben, im eigenen Lande die demokratischen und sozialistischen Aufgaben der Revolution zu lösen, soweit überhaupt eine Lösung möglich ist, solange in den anderen Ländern die imperialistischen Gewalten, das kapitalistische Wirtschaftssystem und undemokratische Regierungsmethoden am Ruder sind.

Daß dem so ist, ist nach unserer Überzeugung nicht Schuld der Bolschewiki-Regierung. Diese ist von der eisernen Logik der Revolution und der in ihr wirklichen Klassenkämpfe vor die Entscheidung gestellt worden, — ob das in aller Sozialisten Munde lebende Wort: „das letzte Ziel des proletarischen Befreiungskampfes ist die Eroberung der politischen Macht“ nur eine schöne Agitationsphrase sei, oder ob es, gestützt auf den Willen der Massen, in die Tat umgesetzt werden muß. Die Bolschewiki haben sich für die Tat entschieden. Sie mußten es tun, wollten sie die offene und verdeckte Gegenrevolution nicht in den Sattel steigen lassen, sie mußten es tun, nachdem der gemäßigtere Koalitions-Sozialismus sich aus seinen revolutionären Machtpositionen hatte drängen lassen und, wenn vielleicht auch wider Willen, dem Entente-imperialismus Vorschub leistete. Einmal im Besitze der politischen Macht, konnten die Bolschewiki gar nichts anderes tun, als das, was die Massen am dringendsten verlangten und ihr Land am nötigsten brauchte, zu erstreben: den Frieden anzubahnen. Sie wollten und wollen noch heute den allgemeinen, demokratischen Frieden. Es ist nicht ihre Schuld, wenn der Friede, der vielleicht in Brest-Litowsk geschlossen wird, das Zustandekommen eines allgemeinen Friedens vielleicht eher erschwert als fördert. Die revolutionäre Situation in Rußland trieb sie zu einer unausweichbaren Friedensentscheidung, während die proletarisch-sozialistische Weltrevolution, die kommen wird und kommen

muß, sich nur erst langsam und unter vielen Hemmungen im Schoße der Völker regt und vielleicht erst an die Liquidierung der Schuldbuchung des Weltkrieges gehen kann, nachdem die offiziellen Regierungen einen allgemeinen Frieden geschlossen haben, der den imperialistischen Tendenzen noch übergenug Spielraum läßt.

Und darum reden wir von einem Vermächtnis des Jahres 1917. Denn drei Daten dieses Jahres müssen dem internationalen Proletariat als eindringliche Lehren herüberleuchten in das Jahr 1918 und darüber hinaus. Der 14. März — Sturz des Zarismus, der 5. Mai — der Todesstoß gegen den bürgerlichen Imperialismus Rußlands, der 7. November — der trotz aller Anfeindungen heldenhafte Versuch, den proletarischen Sozialismus in politische und ökonomische Wirklichkeit umzusetzen. All das Große und Vorbildliche, das diese Ereignisse in sich schließen, aber auch all die Fehler und Schwächen, die in ihnen zutage traten, müssen in allen Ländern für den Kampf um Demokratie und Sozialismus beachtet werden und wir stimmen dem Genossen Mehring zu, wenn er sagt: „Die russische Revolution hat das Signal einer besseren Zukunft gegeben, und je mehr Hindernisse sich uns auf dem Wege zu dieser Zukunft entgegenrücken, um so mehr gilt es, nicht vor ihnen zurückzuschrecken, um so mehr heißt es, sich anstrengen, um sie zu überwinden.“

Vor allem aber hat die Arbeiterklasse sich vor Aufgaben zu stellen. Wie um die Jahreswende des Jahres 1914—1915 breite Massen des internationalen Proletariats im Banne des Kriegsausbruches standen, so geben sich viele Arbeiter an der Jahreswende 1917—1918 allen möglichen Friedensillusionen hin. Da glauben die einen, die mit den Wirrungen der internationalen Politik wenig vertraut sind, daß seit den Tagen von Brest-Litowsk der Friede in vollem Anmarsch sei, andere wieder meinen, daß erst der große Überlauf im Westen den Frieden bringen wird, „den die Welt braucht“. Die meisten aber leben der Hoffnung, daß der Friede, den ihre kapitalistischen Regierungen über kurz oder lang beideren werden, aller Not ein Ende machen werde. Nein der Friede, der unter den heutigen Besitz- und Machtverhältnissen kommen wird, wird nicht als hold lächelnder Gnabe herüberwehen, sondern als finsterner, ernster Wandbeter durch die Länder schreiten. In den Kalten seiner Toga wird er verhängnisvolle Gaben bergen, die um so verhängnisvoller werden, je länger sein Kommen hinausgezögert wird. Welt-hunger und Weltelend können von ihm nicht im Handumdrehen fortgezäubert werden, wirtschaftliche Misse, Steuerdruck und wachsende Kulturwunden wird er im Gefolge haben, vor seinem Hauch wird die zum Gewohnheitsrecht gewordene Militärdiktatur ebensowenig abdanken wollen, wie er das Aufsteigen neuer internationaler Konflikte und künftiger Kriegsmöglichkeiten nicht verhüten konnte.

Soll darum das internationale Proletariat den Frieden nicht herbeiwünschen? Ja, es muß ihn, wenn es nicht verbluten will, mit allen Fasern seines Herzens herbeiführen. Denn jeder Tag länger Krieg bedeutet für die Arbeiterklasse aller Länder auf Monate und Jahre längeres Friedens-elend. Und noch mehr: Will das Proletariat die Lasten der verhängnisvollen Kriegserbschaft vermeiden, dann muß es mehr als es bis heute getan hat, für das Zustandekommen eines allgemeinen und demokratischen Friedens interessieren. Dabei kommt es auf jeden einzelnen an; mit dem Abwies an die „Führer“ und dem Vertrauen auf die noch so unzulänglichen parlamentarischen Möglichkeiten ist es nicht getan.

Brest-Litowsk.

Die weltgeschichtliche Bedeutung der Ereignisse, die seit den letzten Dezembertagen mit dem Namen dieser Stadt verknüpft sind, zwingt uns, nachzuholen, was wir in den Festwochen infolge der technischen Schwierigkeiten nicht berichten konnten. — Kurz nach Abschluß des Waffenstillstandes haben in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen begonnen. Am 22. Dezember gaben die russischen Vertreter die Erklärung ab, daß es der Wille der Völker Rußlands sei, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen, gerechten, für alle in gleicher Weise annehmbaren Friedens zu erreichen. Unter Berufung auf die Beschlüsse der verschiedenen revolutionären Körperschaften Rußlands gaben die Beauftragten der russischen Regierung kund, daß sie unverzüglich die Bedingungen eines Friedens unterschreiben würden, der diesem Krieg auf der Grundlage der aufgeführten, ausnahmslos für alle Völker in gleicher Weise gerechten Bedingungen beende. Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten ausgehend legten die russischen Vertreter folgende sechs Punkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen vor:

1. Es wird keine gewaltsame Vereinigung von Gebieten gestattet, die während des Krieges in Besitz genommen sind. Die Truppen, die diese Gebiete besetzt halten, werden in kürzester Frist zurückgezogen.
2. Es wird in vollem Umfange die politische Selbständigkeit der Völker wiederhergestellt, die ihre Selbständigkeit in diesem Kriege verloren haben.
3. Den nationalen Gruppen, die vor dem Kriege politisch nicht selbständig waren, wird die Möglichkeit gewährleistet, die Frage der Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staat oder ihrer staatlichen Selbständigkeit durch Referendum zu entscheiden. Dieses Referendum muß in der Weise veranstaltet werden, daß volle Unabhängigkeit bei der Stimmabgabe für die ganze Bevölkerung des betreffenden Gebietes einschließlich der Auswanderer und Flüchtlinge gewährleistet ist.
4. In bezug auf Gebiete gemischter Nationalität wird das Recht der Minderheit durch ein besonderes Gesetz geschützt, das ihr die Selbständigkeit der nationalen Kultur und — falls dies praktisch durchführbar — autonome Verwaltung gibt.
5. Keines der kriegführenden Länder ist verpflichtet, einem anderen Lande sogenannte „Kriegskosten“ zu zahlen; bereits erhobene Kontributionen sind zurückzuzahlen. Was den Ersatz der Verluste von Privatpersonen infolge des Krieges anbetrifft, so werden sie aus einem besonderen Fonds beglichen, zu dem die kriegführenden proportionell beitragen.
6. Koloniale Fragen werden unter Beachtung der 1 bis 4 dargelegten Grundsätze entschieden.

Weiter verlangten die russischen Vertreter, daß jede Art verdeckter Bekämpfung der Freiheit schwacher Nationen durch starke unzulässig sei, z. B. durch wirtschaftlichen Boykott, wirtschaftliche Vorherrschaft des einen Landes über das andere auf Grund ausgezwungener Handelsverträge, durch Sonderzollverträge, die die Freiheit des Handels dritter Länder beschränken, durch Seeblockade usw.

Am 25. Dezember antworteten die Mittelmächte auf die russischen Vorschläge. In der langen Antwort wird mehr als die Bereitschaft, einen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebiets-erwerbungen und ohne Kriegsentscheidungen

ausgesprochen. Bei einigermaßen gutem Willen konnte man annehmen, daß die Mittelmächte in der Tat keine gewalttätigen Annexionen machen wollten, und daß sie zwar in bezug auf Punkt 3 der russischen Forderungen eine zwischenstaatliche Regelung der Nationalitätenfrage ablehnten, innerhalb der einzelnen Staaten das Selbstbestimmungsrecht der Völker respektieren wollten.

Die russische Delegation glaubte, daß die Antwort der Mittelmächte immerhin die Möglichkeit biete, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter allen kriegsführenden Staaten zu schreiten. Es wurde daher eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen (bis zum 4. Januar) vorgeschlagen, um die Völker der Entente zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen zu veranlassen.

Wohlgemerkt: Die Aufforderung an die Entente geht nur von den Russen aus. Die Mittelmächte haben zwar die zehntägige Unterbrechung in den Kauf genommen, in der Zwischenzeit aber kam an das Tageslicht, daß Polen und die Ostsee-Provinzen für die Mittelmächte als ohne weiteres von Rußland losgelöst gelten. Diese ehemals russischen Gebiete sollen nach wie vor militärisch besetzt bleiben, und unter dieser militärischen Besetzung soll dann die Entscheidung fallen. In welche Beziehungen sie zu Deutschland oder Oesterreich treten werden. Die russischen Vertreter konnten auf ein solches Verlangen nicht eingehen, sie mußten erst bei ihrer Petersburger Regierung Informationen einholen. Somit wurden auch die Spezialverhandlungen bis zum 4. Januar abgebrochen.

Allerlei Ansprüche an der Jahreswende.

Aus einer Rede Wilhelms II. vom 22. Dezember (dem Tage des Beginns der Verhandlungen von Brest-Litowsk) an die 2. Armee im Westen:

... Der Schlag im Osten hat dazu geführt, daß dort augenblicklich die Kriegsstürme schweigen, vielleicht, so Gott will, für immer. ... Was noch vor uns steht, wissen wir nicht, wie aber in diesen letzten vier Jahren Gottes Hand sichtbar regiert hat, Verrat bestraft und tapferes Ausdauern belohnt, das habt Ihr alle gesehen, und daraus können wir die feste Zuversicht schöpfen, daß auch fernerhin der Herr der Heerscharen mit uns ist. Will der Feind den Frieden nicht, dann müssen wir der Welt den Frieden bringen dadurch, daß wir mit eiserner Faust und mit blühendem Schwert die Pforten einschlagen bei denen, die den Frieden nicht wollen."

Generalleutnant Groener am 25. Dezember:
"Nur die einmütige Entschlossenheit des deutschen Volkes, mit den Waffen den Sieg im Westen zu vollenden, wird Lloyd George und Wilson das letzte Spiel verderben, das sie allbereits mischen, um uns noch am Friedenstisch übers Ohr zu hauen. Michel, was auf!"

Generalleutnant Reim, Militärgouverneur der Provinz Limburg:

"Der Schwertgeist, verbunden mit frommer deutscher Treue, ist allein imstande, uns unter dem Weihnachtsbaum die feste Zuversicht zu geben, künftige Weihnachten zu feiern in festlicher Freude nach einem diesen furchtbaren Opfern entsprechenden starken deutschen Frieden."

Generaloberst und Oberbefehlshaber von Heeringen:

"Ein voreiliger, nicht günstiger Friede würde die Entbehrungen ohne weiteres auch nicht mildern, sondern noch verschärfen. Unsere Feinde werden die Ein- und Ausfuhr Deutschlands nur dann nicht erschweren, wenn wir die Sieger sind. Die Zukunft unserer Kinder und Enkel steht auf dem Spiel."

Der „Sozialdemokrat“ Wilhelm Janson in der „Globe“:

"Und nun stelle man sich vor, eine kriegsführende Regierung wolle ein detailliertes Friedensprogramm vorlegen, etwa keine Annexionen, keine Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker. Nach Lage der Dinge könnte das bestenfalls Stoff zu Zeitungsartikeln und Versammlungsreden geben; praktische politische Ergebnisse wären aus dem Grunde nicht davon zu erwarten, weil einstweilen nur noch das Schwert realpolitischen Wert hat."

Das ist die eine große und ausschlaggebende Tatsache, über die wir nicht hinwegkommen: Der Krieg wird mit militärischen, nicht mit politischen Mitteln und Methoden entschieden."

Dr. Paul Lensch in der „Globe“:

... Wenn trotzdem die Bolschewiki den Bruch mit England vollzogen haben, so nur, weil sie konsequente Revolutionäre sind und weil alles, was die Revolution nicht verrät, ob es will oder nicht, in Feindschaft zum Lande der Konterrevolution, zu England, kommen muß. In diesem Kriege ist nun einmal das Dilemma: Deutschland oder England, unausweislich gestellt. Wenn es eine Möglichkeit gab, diesem Dilemma zu entgehen, so war es der Versuch der Bolschewiki, deren Parole lautete: weder Deutschland noch England, sondern die soziale Revolution. Aber gerade dadurch, daß sie dem Prinzip der Revolution treu blieben, wurden sie, die es nicht wollten, an die Seite Deutschlands getrieben, daß in diesem Kriege das Prinzip der Revolution vertritt."

Aus dem Neujahrsartikel des „Vorwärts“:
"Die Sozialdemokratie wacht gleichzeitig darüber, daß die Möglichkeit eines allgemeinen Friede-



Stärkt die Unabhängige sozialdemokratische Organisation!

Nur der Sozialismus kann die Menschheit von Not und Elend vom wirtschaftlichen und politischen Druß erlösen. Dafür muß der Einzelne kämpfen. Geführt wird der politische Kampf von politischen Organisationen. Sie zu stärken und sie zu einem einflussreichen Faktor im öffentlichen Leben zu machen, das sollte Pflicht eines jeden politischen Unterdrückten sein.

In Groß-Berlin vereinigen die Sozialdemokratischen Wahlvereine alle die Männer und Frauen, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehen und für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpfen.

Erfülle jeder seine Organisationspflicht und erkläre seinen Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein des Reichstagswahlkreises.

An die Bezieher des Mitteilungsblatt!

Die Bezieher des Mitteilungsblatt werden dringend ersucht, alle Bestellungen und Geldsendungen, die für das Mitteilungsblatt bestimmt sind, nur an die persönliche Adresse des Kassierers

Rich. Herbst, Berlin O 27, Schicklerstr. 5, zu richten. Alle anderen Adressierungen wie „An den Verband“, „An das Mitteilungsblatt“ oder an „Adolf Hoffmann“ haben mit großen Schwierigkeiten und Verzögerungen zu rechnen.



den offen gehalten wird. ... Aber wenn Deutschland ebenso unerschütterlich in seiner militärischen Verteidigung wie in der unablässigen Befundung seines ehrlichen Friedenswillens bleibt, besteht begründete Hoffnung, daß dieser Zeitpunkt (die Niederlage der kriegsbegehrlichen Regierungen in England und Frankreich) noch im Laufe des Jahres eintreten wird."

Also gedulde dich fein, lieber Michel, die Herren Ebert und Scheidemann werden dir im Verein mit den Janson und Lensch den allgemeinen Frieden auf dem Präsentierteller bringen.

Wachenschan.

Bis zum 31. Dezember.

Kriegsereignisse: An der Westfront fanden gleichsam als winterlicher Zwischenakt zahlreiche Stellungskämpfe statt, die auch am christlichen „Friedensfest“ nicht aussetzten. — An der Südfront kam es zu größeren Kampfhandlungen in der Gegend von Mfago, während in der venezianischen Ebene der

Stellungskrieg das Kulturland in eine Wüste von Granatrichtern zu verwandeln beginnt. An den letzten Tagen des Jahres haben hier die Oesterreicher mit französischen Truppen schwerere Kämpfe zu bestehen gehabt. — Der Oberbefehlshaber an der Salonikifront, General Sarrail, ist abberufen und durch den General Guillaumat ersetzt worden. — Der deutsche Admiralstab meldete als November-Ergebnis des U-Bootkrieges die Versenkung von 807 000 Tonnen; seit Beginn des verschärften U-Bootkrieges somit 8 256 000 Tonnen. — In Palästina fanden auch in der Weihnachtszeit an den „heiligen Stätten“ heftige Kämpfe statt.

Ausland: Ehe in England das Unterhaus in die Weihnachtsferien ging, hat Lloyd George noch eine energische Kriegsspreche gehalten. Er stellte eine Verstärkung des Feldheeres in Aussicht und will mit den Gewerkschaftsführern verhandeln, um die Arbeiter zu noch größeren Kriegseinstellungen heranzustehen. Am 18. Dezember hatte die Regierung einen starken Vorstoß der friedlichen Imperialisten im Unterhaus abzuwehren. — Eine Sonderkonferenz von Gewerkschaftlern und Arbeiterparteilern hat einer Denkschrift zugestimmt, in der zwar von einer „sicheren Schlichtung“ gesprochen wird, die aber noch keinen energischen Vorstoß in Richtung eines allgemeinen, demokratischen Friedens bedeutet. Vor allem protestierte die Konferenz dagegen, daß die Russen einen Sonderfrieden abschließen.

In Frankreich ist die Affäre Cailaux dadurch zu einem vorläufigen Abschluß gelangt, daß Cailaux selbst in einer wirksamen Rede die Aufhebung seiner Immunität verlangt hat. Jetzt wird Clemenceau versuchen, ihn mit den Mitteln der Justiz zur Strecke zu bringen.

In Italien haben äußerst stürmische Kammerverhandlungen stattgefunden, in deren Verlauf sich auch der als friedensfreundlich geltende Exminister Giolitti gegen einen Sonderfrieden wandte und zur Eintracht mahnte. Da der Feind im Lande stehe, dürfe man keine unredlichen Handlungen gegen die Verbündeten begehen. Trotzdem brachte der Sozialist Morgari einen Friedensantrag ein und entfesselte furchtbare Stürme gegen sich. Wie hoch die Wellen der politischen Erregung in Italien gehen, beweist eine Mitteilung des „Avanti“, aus der hervorgeht, daß dessen Gebäude von kriegswütigen Nationalisten gestürmt worden ist. Der „Avanti“ kündigte Selbsthilfe an, falls die Behörden nicht für den nötigen Schutz sorgten.

Der französische Gewerkschaftsbund hat eine sehr entschiedene Entschliebung für einen allgemeinen Frieden und gegen die Geheimdiplomatie angenommen.

In Dänemark und Norwegen haben in den Weihnachtstagen Friedensdemonstrationen stattgefunden.

In Ungarn ist der Wahlrechts-Entwurf bekannt gegeben worden, der sich als ein Kompromiß zugunsten der konservativ-agrarischen Wünsche herausstellt. Der Entwurf bringt auch etwa 250 000 bürgerlichen Frauen das Wahlrecht, sofern sie eine vierklassige Bürgerschule besucht haben.

In Australien hat eine Volksabstimmung die Verwerfung der allgemeinen Wehrpflicht ergeben, was allerdings noch nicht gleichbedeutend ist mit einer Stellungnahme des australischen Volkes gegen den Krieg.

Innere Politik: Da der Reichstag während der Verhandlungen in Brest-Litowsk in den Ferien weilte, konnte er zu der wichtigsten Frage der Gegenwart nicht Stellung nehmen. Die Verhandlungen des Hauptausschusses werden erst am 3. Januar beginnen.

In der Hauptsache erstredeten sich die innerpolitischen Erörterungen auf die Denkschrift des Neuköllner Magistrates und das Fiasko der Höchstpreis- und Rationierungsmethode des Kriegsernährungsamtes. Von den letzten Gründen des Ernährungsjammers war leider dabei nur wenig die Rede. Immerhin verdient auch hier aus der Neuköllner Denkschrift festgehalten zu werden, was der tiefere Grund ist, warum die Stadtverwaltungen wie die Groß- und Kleinbetriebe sich auf den Schleichhandel einlassen mußten: „Den allgemeinen Unruhen der Arbeiter sollte der Boden entzogen werden!“ — Herr von Waldow hat in einer Sitzung des Ernährungsbeirates sein System verteidigt und den Staatsanwalt gegen den Neuköllner Magistrat und andere Stadtver-

Von der „Scheidemannkirche“ und der Einheit.

Von H. Thorwesten.

Ein paar Tage lang hatte der „Vorwärts“ den militärischen Behörden wegen des Verbots der Zirkus-fundgebung ein böses Gesicht geschnitten.

Also das Organ Stämpfers und Scheidemanns kniffte an die Begründung des Versammlungsverbots an und stellte mit einem tiefen Seufzer fest, die militärischen Behörden hätten nicht unrecht gehabt.

Bei der Gelegenheit erhält auch der Schreiber dieser Zeilen einen sehr ernstlichen Verweis, weil er kürzlich von dem Verfaßten geschrieben hat, die Unabhängigen zur Rückkehr in den Schoß der alleinseligmachenden Scheidemannkirche.

Ich achte nun ganz offen, daß ich der unter Anklage gestellten Wendung bei weitem nicht die Bedeutung beilege, die der „Vorwärts“ ihr zuschreibt.

etwas vom russischen Bauer.

In seiner Nummer 153 bringt das Blatt „Dien“ (Lageblatt des unabhängigen sozialistischen Gedankens) einen interessanten Aufsatz aus der Feder des Schriftstellers Samuilowitsch über die gegenwärtigen Stimmungen des russischen Landvolkes.

Er spannte die Pferde aus, gab ihnen etwas Wasser, setzte sich neben mich ins Gras, schweig einige Zeit, indem er die Augen vor der untergehenden Sonne zusammenkniff, und begann dann in einem vorsichtigen und zarten Tone:

„Ich meine es so, daß alle diese Zaren und Minister nie in ihrem Leben im Rasen gelegen haben . . . Hätte er nur ein einziges Mal im Gras gelegen — dies alles wäre nicht gewesen.“

„Was wäre nicht gewesen?“

„Das alles, was jetzt . . . Mich, oder sagen wir irgendeinen anderen echten Bauern hinter die Bügel führen — das kann man nicht.“

„Er ist im Besitze irgendeiner Wahrheit, die nur er alleine kennt, und bemüht sich in unbeholfenen Ausdrücken, mir davon eine Vorstellung zu geben.“

„Jetzt machen diese Schreibhölzer Krakelei, Krakelei, heißt es, bis zu irgendeinem siegreichen Ende . . . Und diese Zeitungen, die singen dazu so süß im Takt, und das alles, in erster Linie um den Bauern in Verwirrung zu bringen.“

„Der Bauer, der liegt im Gras Tag und Nacht, und in der Wiege wird man ihn nicht einfließen — sich mal an, bis zu einem siegreichen Ende!“

„Ueber den hoch emporkragenden spitzen Gräsern ist nichts außer dem blauen Himmel zu sehen. Als ob

quenter Orthodoxie die Freiheit, ihre abweichende Meinung an der geeigneten Stelle zu äußern verwehrt, haben sie schweren Herzens eine eigene Organisation geschaffen.“

Nun heißt es aber die Situation vollständig verkennen oder vielmehr sie bewußt zu verdrehen, wenn man so tut, als trieben wir Sektiererei und als handle es sich bei unserem Geheiß zu den Abhängigen um theologische Selbsterhebenheit.“

Man jammert, daß wir uns nicht nur nicht an den großen Aktionen der Regierungssozialisten beteiligen — für einen besonderen Fall habe ich die Gründe zu dieser Zurückhaltung eben in dem Artikel ausgetan.

Das ist nicht nur unser gutes Recht, sondern unsere Pflicht Leuten gegenüber, die mit dem Apparat und sozusagen in dem Kostüm der alten Sozialdemokratie auftreten, ohne nach unserer Ueberzeugung auf dem alten sozialdemokratischen Boden zu stehen.

ist — so hat er nichts, er beginnt selber Gewebe zu verfertigen, und das hält auch länger . . . Nahrung hat er ja bei sich zu Hause — Brot, Kartoffeln . . . Jetzt versorgen sich die Weiber mit Vorräten aus Filzen . . . Fische hat jeder in nächster Nähe nach Weitehen — abends geht er mit seinem Reben aus, und den darauffolgenden Tag ist er satt . . .

„Der Bauer beginnt heute zu denken. Ich habe die ganze Gegend durchwandert, bekam Fühlung mit den Leuten und überall sah ich das gleiche — jeder sorgt nur für sich selber . . . Brot, Kartoffeln und alles . . . Wir haben es schon satt, heißt es, für alle diese Schmarozker zu arbeiten, von denen man nichts als Papierfetzen bekommt — und mit diesen Papierfetzen kann man nur Karten spielen; für etwas anderes eignen sie sich nicht.“

„Die Arbeiter haben sie in der Tat bei uns weggenommen, und nun sollen man sie noch ernähren . . . Wer denn? Sollen etwa die Weiber für sie Vorräte schaffen?“

„Ich schweige. Zwei Welten stehen aufeinander, können sich miteinander nicht verständigen und gehen auseinander — die Stadt, die sich vor Mut und Verzweiflung windet, und das Land, das läßt, fast automatisch, Schmutznel!“

„Sollten wohl sehen, wie sie wohl mit hungrigem Magen kämpfen werden!“

„Und unverständlich und seltsam ist es, daß die erschreckten Petrograder, diejenigen, die noch in der Lage sind, nicht hierher eilen, in diese Gräser, die auf so einfache Weise von allen Säckchen befreien, die ihnen das geschwächte, am Rande des Verderbens stehende Vaterland zu bereiten droht . . .“

„Diesem Kriege wird wohl alsbald der Garaus gemacht werden? Auf gütlichem Wege wollen sie sich nicht ausführen, da soll sie der Hunger dazu zwingen . . . Wir haben nun nichts mehr mit der Sache zu schaffen.“

„Ich fürchte, daß die andere Welt sich nicht helfen wird — sie besitzt nicht dieses erlösende Gras, hinter dessen Mauern, hinter dessen Mauern nichts als der blaue Himmel zu sehen ist . . .“

„Der Bauer — was kann ihm geschehen? Er ruht ganz auf sich selber, so ist einmal sein Lebenslauf von Pflugschar bis zum Grab.“

ist — so hat er nichts, er beginnt selber Gewebe zu verfertigen, und das hält auch länger . . . Nahrung hat er ja bei sich zu Hause — Brot, Kartoffeln . . .

Die Arbeiterbewegung herzens- und verstandesfremd geliebt. Ja — so frage ich — Herz und Verstand für den Sinn des proletarischen Kampfes wirklich bei denen, die sich selbst mit Vorbeizug bekränzen und uns der Freigiebigkeit überheblich zusehen?

Die Arbeiterbewegung wird diese Fragen beantworten, und dann — darüber machen wir uns keine Sorge — wird auch jene Einseitigkeit der Arbeiterbewegung wieder hergestellt werden, die über ein gemeinsames Kopfnicken und Kopfschütteln nach den Anweisungen der Oberen hinausgeht.

„Wir haben gegen Imperialisten und Annexionisten, gegen Alldoische und Vaterlandspartheiler, gegen schädliche Regierungen, übelwollende und mißverehende Behörden gekämpft, und dürfen ohne Ueberhebung sagen, daß sie unsere Kämpfe kennen gelernt haben.“

„So lag ich aus, so führt ich meine Klinge.“

Im übrigen aber verrät die bittere Frage des „Vorwärts“ ein solches Maß von Geschäftigkeit, daß sie allein schon ausreichend könnte, um unser Verhalten gegenüber den Abhängigen zu rechtfertigen.

Die Arbeiterbewegung wird diese Fragen beantworten, und dann — darüber machen wir uns keine Sorge — wird auch jene Einseitigkeit der Arbeiterbewegung wieder hergestellt werden, die über ein gemeinsames Kopfnicken und Kopfschütteln nach den Anweisungen der Oberen hinausgeht.

ist — so hat er nichts, er beginnt selber Gewebe zu verfertigen, und das hält auch länger . . . Nahrung hat er ja bei sich zu Hause — Brot, Kartoffeln . . .

Für unsere Jugend.

Rückblick und Ausblick.

Sagen wir es nur frei heraus: An der Jahreswende 1917—1918 bietet der Stand der proletarischen Jugendbewegung Deutschlands kein erfreuliches Bild. Je klarer und ehrlicher wir dieser betrüblichen Tatsache ins Gesicht sehen, je gründlicher wir ihren Ursachen nachspüren, desto eher werden wir zu einer Gesundung gelangen, desto aussichtsreicher ist es, aus den Wirrungen und Hemmungen der Kriegszeit heraus eine Bewegung der deutschen Arbeiterjugend zu schaffen, die das heranwachsende Proletariatsgeschlecht für die unvermeidlichen Zukunftskämpfe der Arbeiterklasse zusammenfaßt, schult und seine Interessen wahrnehmen läßt.

Im „Jungvolk 1918“ hat Richard Weimann einen langen Artikel über die proletarische Jugendbewegung im dritten Kriegsjahre veröffentlicht, in dem er die von der regierungssozialistischen Partei abhängige Richtung im rosigsten Lichte darzustellen versucht, dabei aber doch eingestehen muß, daß es mit dieser, von der Zentralstelle finanzierten und von den Behörden nicht beeinträchtigten „Bewegung“ nicht zum besten bestellt ist. Er unterläßt es daher auch wohlweislich, die Gesamtzahl der derzeitigen Abonnenten der „Arbeiterjugend“ anzugeben, obwohl seine „Jugendbewegung“ nur eine lose Vereinigung der Abonnenten dieser Zeitung ist.

Wir haben aber ruhig einzugestehen, daß die Jugendbewegung, die zur Unabhängigen Sozialdemokratie hält, weder ihrer Zahl nach noch ihrer Betätigung nach Anlaß zur Zufriedenheit gibt. Sie ist noch nicht viel über tastende Versuche herausgekommen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß „das häßliche Kapitel von der Betämpfung der proletarischen Jugendbewegung durch Staat und Polizei“, das Herr Weimann frohlockend als für seine „Bewegung“ abgeschlossen erklärt, für unsere Bewegung noch lange nicht abgeschlossen ist.

Und weiter muß festgestellt werden, daß die dritte Richtung der proletarischen Jugendbewegung, die unter dem Namen „Jugendbildungsverein“ sich von aller „Bevormundung“ durch Erwachsene frei machen und in Sturm und Drang selbständig die letzten Ziele des Sozialismus verwirklichen wollte, nicht viel mehr als eine kleine Sekte geblieben ist. Sie hat trotz aller schönen Begeisterung und jugendlichen Uberschwanges größere Massen der proletarischen Jugend nicht mit sich reißen können, ja sie pfeift zum Teil sogar in einer unglaublichen Verkennung proletarischer Kampfesnotwendigkeiten auf jede Massenwirkung und will in einer Art geistigen Hochmuts eine intellektuelle Elite sein. Wobei diese Selbstständigkeitsfanatiker mehr unter dem Einflusse gewisser Erwachsener, die von Wesen und Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung schief und einseitige Vorstellungen haben, stehen, als sie selbst ahnen.

In den Jugendsektionen unserer Parteiorganisationen, in denen die jungen Genossen und Genossinnen von 18 bis 21 Jahren zusammengefaßt werden sollten, herrscht, soweit solche Sektionen überhaupt noch bestehen, auch kein rechtes Leben. Nur hier und da ist in letzter Zeit eine Wendung zum Besseren zu bemerken.

Der Besuch der Jugendheime, soweit sie von der Arbeiterschaft mit großen Opfern offen gehalten werden konnten, ist im ganzen nicht erfreulich. Aber es ist doch nur ein gewisser Stamm von Jugendheimbesuchern, während große Massen der proletarischen Jugend gleichgültig und stumpf dahinleben, an oberflächlichen Zerstreuungen Genüge finden oder sich sogar Bestrebungen zuwenden, die in ihnen das Zugehörigkeitsgefühl zur klassenbewußten Arbeiterschaft ertöten sollen. Anerkannt werden muß, daß trotz aller Kriegsnöte hier und da neue Arbeiterjugendheime von opferwilligen Parteigenossen eröffnet worden sind.

Ueber den Stand der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen fehlen uns zurzeit alle Angaben. Aber als sicher ist anzunehmen, daß auch sie unter den Kriegswirklungen zu leiden haben, ebenso sicher ist wohl auch, daß sie mehr zur Züchtung eines einseitigen Fach- und Berufsinteresses führen als zur Stärkung des proletarisch-sozialistischen Zusammengehörigkeitsgefühls und

der revolutionär-sozialistischen Weltanschauung. Und da in diesen Abteilungen die Gewerkschaftsbürokratie so ziemlich ungehindert schalten und walten kann, ist auch anzunehmen, daß sie die heranwachsende Gewerkschaftsgeneration zu treuen Anhängern ihrer vielgerühmten Politik vom 4. August mit all ihren Konsequenzen zu machen versucht.

Wir wissen, daß uns diese nüchternen Feststellungen über den unerfreulichen Stand und die Zerrissenheit der proletarischen Jugendbewegung Angriffe von rechts und von links eintragen wird. Das soll uns aber nicht hindern, auszusprechen, was ist. Gerade weil wir wissen, daß der Arbeiterklasse unter den Kriegswirklungen und Kriegsfolgen schwere Kämpfe bevorstehen, weil wir wissen, daß der kommende Friede kein goldenes Zeitalter für sie sein wird, sondern eine Zeit schweren Ringens um Arbeitsmöglichkeiten, Besserung der Lebenshaltung und kulturellen Aufstieg bringen wird, weil wir wissen, daß die proletarische Jugend in diesem Ringen eine leidende und handelnde Rolle spielen wird, muß die Wahrheit über die heutige proletarische Jugendbewegung gesagt werden. Nur so können die heutigen Irrungen und Anzulänglichkeiten überwunden, nur so kann eine kraftvolle und umfassende Jugendbewegung der Arbeiterklasse geschaffen werden, die in ihrem Wirkungskreise die sozialistischen und demokratischen Ziele verwirklichen hilft.

Wir wissen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Begleiterscheinungen des Krieges einen unheilvollen Einfluß auf die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeübt haben und noch ausüben. Das Hineinziehen der jugendlichen Arbeitskraft in das so fieberhaft arbeitende Getriebe der Kriegswirtschaft hat die körperliche und geistige Entwicklung der Generation, die in den Kriegsjahren in das Berufs- und Erwerbsleben hineinwuchs, auf das nachteiligste beeinflusst. Die berufliche Ausbildung ist fast überall zu kurz gekommen; das Mehrerdiener-Müssen war unter dem Druck der Kriegsteuerung für viele Jugendliche ein harter Zwang, unter dem sie lange Arbeitszeit, Nachtarbeit, mangelhafte Berufsausbildung, Uebermüdung, Stumpfheit und krankhaften Hang zu nervenaufpeitschenden Zerstreuungen in den Kaufnehmen mußte. Die Aufhebung der kümmerlichen Jugendschutzbestimmungen hat dem Unternehmertum einen Raubbau an der jugendlichen Arbeitskraft ermöglicht, dessen zerstörende Wirkungen durch die höheren Löhne nicht annähernd aufgehoben werden konnten. Die „Zentralstelle“ der regierungssozialistischen Partei hat, wie Herr Weimann rühmend hervorhebt, des öfteren gegen diese Zustände protestiert, ohne daß dadurch irgend etwas besser geworden wäre. Solche Proteste müssen aber von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt sein, weil eine Partei, die sich rücksichtslos die kriegerische Politik der Regierung zu eigen gemacht hat, auch die wirtschaftlichen und sozialen Begleiterscheinungen des Krieges schluden mußte und ihren Protesten jede Durchschlagskraft nahm. Und das um so mehr, als man mit den Parteien des Bürgertums, die die politischen Sachwalter der verschiedenen Schichten des Unternehmertums sind, in burgfriedlicher Harmonie zu leben bemüht war, damit aber auch auf jede energische Verfechtung proletarischer Interessen verzichtete; die Proteste gegen die sozialen Nöte der arbeitenden Jugend haben daher wie so manche andere ein Ende im Papierkorb der Regierung gefunden.

Jetzt, wo wir uns vielleicht dem Ende des Krieges nähern, drohen der arbeitenden Jugend noch andere Gefahren: der Abbau der Kriegsindustrie, der Mangel an Rohstoffen für die Friedenswirtschaft, das Zurückströmen massenhafter männlicher Arbeitskräfte aus dem Heere ins Wirtschaftsleben, die mangelhafte Berufsausbildung vieler Jugendlichen werden in absehbarer Zeit über die proletarische Jugend eine Periode der Arbeitslosigkeit, der Verminderung der Kriegslöhne bringen. An die Steuerleistungen derer aber, die noch verdienen können, werden direkt oder indirekt die höchsten Ansprüche gestellt werden, denn der Staat wird zur Deckung seiner ungeheuren Kriegsschulden auch den bescheidensten jugendlichen Arbeiter nicht verschonen. Daneben wird der Polizeistaat nicht sofort auf die ihnen während des Krieges so leicht gewordene Bevormundung der

arbeitenden Jugend verzichten wollen, ebenso wenig wie bürgerliche Bestrebungen erlahmen werden, die jungen Proletarier durch allerlei gewaltsame und listige Mittel von der klassenbewußten Arbeiterbewegung fernzuhalten und vor den Wagen ihrer nationalistischen, militarischen, kirchlichen oder sonst irgendwie sozialismuseindlichen Zwecke zu spannen.

Die große Masse der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen steht den gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren ungerüstet gegenüber. Die Unterernährung auf der einen, die Ueberanstrengung auf der andern Seite hat gesundheitliche Schädigungen im Gefolge, deren Wirkungen zurzeit noch nicht im vollen Umfange fühlbar sind. Auch in geistiger und kultureller Beziehung hat der Krieg auf viele jugendliche Arbeiter nicht als großer „Erneuerer“, sondern abstumpfend und verflachend, ja sogar, sagen wir es frei heraus, verrohend gewirkt.

Ist es daher nicht hohe Zeit, daß die kleine Schar derer, die der proletarischen Jugendbewegung und deren sozialistischen und kulturellen Zielen treu geblieben ist, daran denkt, ihre Bewegung in neue, gesunde Bahnen zu lenken, in Bahnen, die ebenso wenig in dem alten, bevormundenden Jugendsplegesystem der Jugendausschüsse und Zentralstellen, wie in einer kurzfristigen Vereinspielerei ihr Genüge finden können?

Schaffung und Ausbau einer umfassenden Jugendbewegung, in der die Jugendlichen ihre eigenen Angelegenheiten organisatorisch selbst erledigen, aber gestützt und geistig befruchtet durch die ehrlich sozialistischen Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft, das ist die eine Forderung, die das neue Jahr an die tätigen Jugendgenossen stellt. Und weiter ist notwendig der ehrliche und energische Wille, sich vertraut zu machen mit Theorie und Praxis des Sozialismus, nicht in dilettanten- und phrasenhafter Selbstüberhebung, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß man in absehbarer Zeit an der Verwirklichung des Sozialismus mitzuarbeiten hat, wozu nicht nur Begeisterung, sondern auch Wissen und Einsicht gehört. Denn die Verwirklichung des Sozialismus besteht nicht nur im Kampfe gegen Ausbeutung und Entrechtung, sondern auch im Aufbau einer neueren und besseren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wie schwer gerade die letztere ist, das zeigen uns die Schwierigkeiten, mit denen die russische Revolution unserer Tage zu kämpfen hat. Aber neben dem Ausbau einer selbständigen Jugendorganisation und neben der geistigen Schulung ihrer Mitglieder darf die dritte größte Aufgabe nicht vergessen werden: die **Verbearbeitung** unter den abseits stehenden und irregeleiteten jugendlichen Proletariern. Denn die proletarische Jugendbewegung kann wie die Bewegung der erwachsenen Proletarier nur als **Massenbewegung** Bedeutung und Erfolg erlangen. Die erfolgreichste Werbetätigkeit unter jungen Proletariern kann aber nur von aufgeklärten und für ihre Sache begeisterten jungen Proletariern geleistet werden, die Organisationen der erwachsenen Arbeiterschaft können da nur indirekte Hilfe leisten.

Nur in ganz allgemeinen Umrissen können hier die Aufgaben vorgezeichnet werden, von deren Erfüllung die Schaffung einer neuen und starken sozialistischen Jugendbewegung abhängt. Im einzelnen wird darüber noch manches zu sagen sein. Aber es ist hohe Zeit, die Hände ans Werk zu legen. Soweit die Verhältnisse in Groß-Berlin in Betracht kommen, müssen alle die jungen proletarischen Kräfte, die mit den Jugendsplege-Maximen eines schwächlichen Reform- und Scheinsozialismus Weimannscher Couleur nichts zu tun haben wollen, zu einer Verständigung und Zusammenfassung kommen. Vereinigung Arbeiterjugend, Jugendbildungsverein, Jugendsektionen und Jugendheime müssen sich zu einer Gemeinsamkeit der Arbeit für eine wirklich proletarisch-sozialistische Jugendbewegung zusammenfinden. Fort mit aller Eigenbrödelei, Gedankenlosigkeit, Oberflächlichkeit und konservativem Festhalten an hergebrachten Neuerlichkeiten: die arbeitende Jugend bedarf jetzt mehr denn je des Sozialismus, wie der Sozialismus die proletarische Jugend braucht.

